

Protokoll zum BMZ-Besuch der GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE am 13.03.2007

Inhalt

Anwesende.....	2
Begrüßung und Einleitung, Karin Kortmann	3
Vorstellung Referat 312, Marita Steinke	3
Vorstellung Referat 310, Dr. Frank Schwarzbeck.....	3
Vorstellung Referat 114, Hildegard Hoven	4
Kurze Einleitung und Vorstellung der GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE, Jörn Wiertz	4
Statement der GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE zum Thema 1 (Möglichkeiten der Umsetzung der Flugticketsteuer und anderer Finanzierungsmodelle), Knut Schwedler	4
Antwort, Karin Kortmann.....	5
Antwort, Marita Steinke	6
Ergänzung, Karin Kortmann	7
Statement der GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE zum Thema 2 (Probleme der Klimaerwärmung und Umsetzung ökologischer Standards in den Entwicklungsländern), Krista Volles.....	7
Statement Initiative für Nachhaltigkeit, Klaus Krumme	8
Antwort, Karin Kortmann	8
Antwort, Marita Steinke	9
Ergänzung, Karin Kortmann	10
Antwort, Dr. Frank Schwarzbeck	10
Statement, Prof. Dr. W. Pinger	12
Antwort, Dr. Frank Schwarzbeck	12
Antwort, Karin Kortmann.....	13

Anwesende

BMZ

Hildegard Hoven	Referat 114, Entwicklungspolitische Bildungsarbeit
Karin Kortmann	Parlamentarische Staatssekretärin
Dr. Frank Schwarzbeck	Referat 310, Armutsbekämpfung und soziale Entwicklung
Marita Steinke	MinR'in Referat 312, Umwelt und nachhaltige Ressourcennutzung

GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE

Linda Ebbers	Universität Duisburg-Essen, Initiative für Nachhaltigkeit
Werner Frischmann	Unternehmer, Lokalgruppe Ruhr
Michael Fromm	Unternehmensberater, Wuppertal, Lokalgruppe Wuppertal
Johannes Hegmanns	Unternehmer, Wachtendonk, Lokalgruppe Düsseldorf
Gerhart Bertram Heise	Entrepreneur, Lokalgruppe Köln
Winfried Hofmann	Lokalgruppe Düsseldorf
Hilda Kasperek	Lokalgruppe Düsseldorf, Start 3
Klaus Krumme	Universität Duisburg-Essen, Initiative für Nachhaltigkeit
Daniel Kehrer	Universität Duisburg-Essen, Initiative für Nachhaltigkeit
Florian Kurth	Finanzverwaltung NRW, Lokalgruppe Düsseldorf
Dr. André Munzinger	Universität Köln
Prof. Dr. W. Pinger	Ehemaliger entwicklungspolitischer Sprecher der CDU (evtl.)
Klaus Poeschel	Attac und GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE Lokalgruppe Düsseldorf
Thomas Reichmann	Lokalgruppe Düsseldorf
Knut Schwedler	Technischer Redakteur, Lokalgruppe Düsseldorf
Krista Volles	Konrad-Adenauer-Gymnasium Langenfeld, Lokalgruppe Düsseldorf
Jörn Wiertz	Attac und GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE Lokalgruppe Düsseldorf

Moderation: Michael Fromm

Protokoll: Daniel Kehrer

Begrüßung und Einleitung, Karin Kortmann

Frau Kortmann begrüßte alle Anwesenden persönlich und beteuerte in der Einleitung ihre Freude über den Besuch der GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE in ihrer ebenso heterogenen, wie interessanten Zusammensetzung. Besondere Aufmerksamkeit widmete sie dem anwesenden Prof. Dr. W. Pinger, welcher ihr nicht zuletzt durch die Zusammenarbeit im Rahmen des Aktionsprogramms 2015 ein willkommener Gast sei.

Frau Kortmann sprach im Folgenden ihre auf zahlreichen Begegnungen beruhende Affinität zur GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE an und verlieh ihrer Wertschätzung der Arbeit Radermachers Ausdruck. Die Initiative schaffe durch ihre Arbeit nicht nur politischen Mehrwert sondern repräsentiere für das BMZ durch ihre bunte Mischung auch einen wichtigen und befruchtenden Partner in Ergänzung zu seinen üblichen „Klienten“. Des Weiteren, so Frau Kortmann, sei es wichtig für das BMZ im Sinne der Meinungs- und Bewusstseinsbildung bei entwicklungspolitischen Themen verstärkt auf Öffentlichkeitsarbeit zu setzen, wobei Treffen wie diese zur nötigen Transparenz beitragen.

Zur kurzen Vorstellung der anwesenden Referatsmitarbeiter erteilte Frau Kortmann diesen das Wort.

Vorstellung Referat 312, Marita Steinke

Themengebiete des Referats 312, Umwelt und nachhaltige Ressourcennutzung:

- Klima
- Konvention über die biologische Vielfalt
- Rio Follow Up
- Chemikalien Management
- Wald (wichtig, da bislang keine Konvention)

Vorstellung Referat 310, Dr. Frank Schwarzbeck

Themengebiete des Referats 310, Armutsbekämpfung und soziale Entwicklung:

- Nachhaltige Armutsbekämpfung
- Aktionsprogramm 2015 (Follow Up)
- Soziale Entwicklung
- Entwicklungspolitische Kohärenz
- Sektorale und thematische Grundsätze

Vorstellung Referat 114, Hildegard Hoven

Themengebiete des Referats: Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit

Kurze Einleitung und Vorstellung der GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE, Jörn Wiertz

Herr Wiertz dankte Frau Kortmann für die Einladung und die freundliche Begrüßung und führte ein paar Sätze aus zum Anliegen der GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE im Allgemeinen, sowie im Zusammenhang des Besuches beim BMZ. Es sei für die GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE von besonderem Interesse, so Wiertz, auch in Zukunft mit dem BMZ in eine engere Zusammenarbeit zu treten, um auf diese Weise zum Erreichen der gemeinsamen Ziele beizutragen.

Statement der GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE zum Thema 1 (Möglichkeiten der Umsetzung der Flugticketsteuer und anderer Finanzierungsmodelle), Knut Schwedler

Herr Schwedler legte zunächst die verschiedenen Finanzierungsmodelle zur Kompensation des CO₂-Ausstoßes im Zusammenhang mit dem Flugverkehr dar, um dann auf ihre Vor- und Nachteile zu sprechen zu kommen. Demnach berge die Kerosinsteuer den Vorteil der Verbrauchsabhängigkeit aber den Nachteil der mangelnden internationalen Durchsetzbarkeit, während die pauschale Flugticketabgabe zwar kundenfreundlicher gehalten werden könne, aber dann ein zu

geringes Finanzierungsaufkommen aufweise. Dagegen lassen sich freiwillige Emissionsabgaben leichter „zweckbinden“ aber seien weniger gut zur Lenkung des Verbraucherverhaltens geeignet.

Als Finanzierungsinstrument schlägt Herr Schwedler eine verpflichtende, pauschalierte, individuelle Abgabe zur Kompensation der CO₂-Emissionen von Flugzeugen vor, namentlich 1 Cent pro km und Person ab 18 Jahren bzw. 1 Cent pro km pro 500 kg Fracht. Dieses Modell bündele alle Vorteile der diskutierten Instrumente, so Schwedler. Außerdem werde der Begriff der Kerosinsteuer vermieden.

Die Einnahmen sollen dem BMZ-Haushalt zugute kommen, um hier für klimarelevanten Projekte, sowie der Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt zu werden.

Antwort, Karin Kortmann

Die Debatte um den CO₂-Ausstoß wurde lange Zeit stiefmütterlich behandelt, so Kortmann, und habe in jüngster Zeit, besonders durch die im Februar 2007 vorgestellte Studie des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) einen neuen Schub bekommen.

Im Zuge der EU-Ratspräsidentschaft und des G8 Gipfels liege das Zepter zur Verhandlung auch über die Regulierung des CO₂-Ausstoßes in Deutschland. In dieser Frage sei das BMZ stark aufgestellt, allerdings sei diese Frage ein Querschnittsthema, mit welchem verschiedene Bundesressorts befasst seien, wie z.B. das Bundesumweltministerium und das Wirtschaftsministerium und weniger Herr Müntefering als Bundesminister für Arbeit und Soziales, so wie es das Konzept der GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE berücksichtigt.

Frau Kortmann führte weiter aus, dass bei der Debatte um den BMZ-Haushalt und der Schaffung von Arbeitsplätzen nicht übersehen werden dürfe, dass die Frage des CO₂-Ausstoßes von enormer Bedeutung sei, welche mit kleinen, individuellen Änderungen nicht genüge getan werden könne. Es bedürfe vielmehr großer und dabei vor allem wirtschaftlicher Veränderungen, um die nötigen Entwicklungen einzuleiten. Dabei sei es ihrer Auffassung nach nicht allein damit getan, sich durch

Abgaben „freizukaufen“, sondern von Bedeutung, den CO₂-Ausstoß zu vermindern. Ein Mittel zur Investition in die Energiepolitik bzw. erneuerbare Energien sei das Engagement von Entwicklungs-Banken für entsprechende Projekte. Die Interamerikanische Entwicklungsbank zeige dies aktuell in Mittel- und Südamerika. Ein unerfreuliches Beispiel lieferten die Philippinen durch ihre Absage an ein Projekt zur Schaffung eines Windparks im eigenen Land. Dies widerspreche der vorherigen Zusage auf der Klimakonferenz in Bonn 2004.

Nicht allein solche Beispiele machen die Finanzierung solcher Investitionen zu einem Top-Thema, da die Ernsthaftigkeit der Lage keine Nachlässigkeit erlaube. Die Steigerung der ODA-Quote Deutschlands sei ein weiteres Mittel.

Daneben gebe es in der Diskussion eine neue Kehrtwende, seit Fluggesellschaften eine Eigenbeteiligung in Form von klimaverträglichen Abgaben angeboten haben.

Frau Kortmann räumt jedoch ein, dass an der deutschen Strategie zur Minderung des CO₂-Ausstoßes noch gearbeitet werden müsse, dass aber bis zum Ende der EU-Ratspräsidentschaft ein fertiges Konzept vorliegen solle.

Antwort, Marita Steinke

In Ergänzung zu Frau Kortmanns Ausführungen gab Frau Steinke zu bedenken, dass die verschiedenen Modelle zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes vom BMZ überprüft wurden. Am Beispiel Frankreichs könne man derweil sehen, dass Flugticketabgaben nicht zwangsläufig zur Verringerung des Verkehrs beitragen, was wohlmöglich für den finanziellen Mehraufwand im vertretbaren Rahmen auf Seiten des Kunden im Allgemeinen gelte.

Auch der Impact vorhandener Instrumente, wie dem Emissionshandel sei durch Lücken im nationalen Allokationsplan zu niedrig und biete zu wenig Anreize für klimafreundliches Verhalten bzw. Investitionen. Frau Steinke bemühte hierfür das Beispiel der Niederlande, wo der Staat mehr Einfluss auf Investitionen ausübe. Ein weiteres Problem sei das anhaltende allgemeine mangelnde Bewusstsein bei Klimafragen. Der Postkyotoprozess in Schwellenländern müsse deren Recht auf wirtschaftliche Entwicklung respektieren, die großen Emittenten aber gleichzeitig in ein neues weltweit gerecht zu gestaltendes Regime einbeziehen. Der Bedarf an

Investitionen in erneuerbare Energien sei immens. Entwicklungsländer verwiesen häufig auf die Klimarahmenkonvention, nach welcher das wirtschaftliche Wachstum der Länder nicht durch Klimaschutzmaßnahmen beeinträchtigt werden dürfe. Es gelte daher ökologisch nachhaltiges Wachstum zu fördern. Dies sei Aufgabe der EZ. Die Kommission für nachhaltige Entwicklung verfolge die Rio-Themen weiter, derzeit v.a. Energie und Klimaschutz. Nicht unerheblich in ihrem Einfluss bei internationalen Klimaverhandlungen sei die Gruppe erdölproduzierender Ländern, die einen Ausgleich der durch Klimaschutzmaßnahmen bedingten Einbußen fordern.

Ergänzung, Karin Kortmann

Von großer Bedeutung im Klimaschutz sei weiterhin die allgemeine, nachhaltige Bewusstseinsbildung, wie es vom Bundesumweltministerium durch Aufklärungskampagnen oder von Filmen wie Al Gores „Eine unbequeme Wahrheit“ realisiert würde. Frau Kortmann fügte dem eine Einladung an die Anwesenden zur Vorführung des Films anlässlich der bundesweiten Bildungsmatinee am 18. März 2007 in München hinzu.

Statement der GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE zum Thema 2 (Probleme der Klimaerwärmung und Umsetzung ökologischer Standards in den Entwicklungsländern), Krista Volles

Zur Einleitung ihres Themas verteilte Frau Volles eine Karikatur aus der FAZ (10.03.07) mit der Darstellung eines europäischen Ministers von sarkastischer Scheinheiligkeit gegenüber afrikanischen Flüchtlingen durch die Verleihung eines EU-Ökopreises aufgrund des „umweltbewussten“ Fortbewegungsmittels der Flüchtlinge.

Frau Volles konstatierte zu Beginn Fortschritte beim Klimaschutz in Europa, was nicht zuletzt dem 20%-Ziel der EU bezüglich des Anteils an erneuerbaren Energien bis 2020 zu danken sei.

Insbesondere die EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands bringe aber weiterhin die Verantwortung mit sich, dem Energie-Konsumenten das Attribut „nachhaltig“ als Markenzeichen darzubieten. Besondere Bedeutung komme darüber hinaus der

Umsetzung entsprechender Standards aus Deutschland in Entwicklungsländern zu, wobei sich die Frage nach Möglichkeiten der Umsetzung stelle. Auch auf diesem Gebiet, so Volles, sei ein weiterer Austausch zwischen dem BMZ und der GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE wünschenswert.

Des Weiteren schloss Frau Volles die Frage nach der diesbezüglichen Kommunikation auf interministerieller Ebene an und danach, wie sich einschlägige strukturpolitische Rahmenbedingungen generell umsetzen lassen. Eine weitere Frage Volles' ersuchte eine Bewertung des aktuellen klimapolitischen „Merkel-Erfolges“ in der EU seitens des BMZ in Anbetracht der Kritik am Alter der bemühten Referenzwerte.

Statement Initiative für Nachhaltigkeit, Klaus Krumme

Zunächst stellte Herr Krumme kurz die Initiative für Nachhaltigkeit der Universität Duisburg-Essen vor und nannte weitere Anknüpfungspunkte der Universität zur Entwicklungspolitik, vor allem gegeben durch das Institut für Entwicklung und Frieden und den Profilschwerpunkt „Urbane Systeme“. Hierdurch biete die Universität ein gutes Know How und optimale Bedingungen, wenn es darum gehe die aktuelle und intersektorale Forschung für entwicklungspolitische Projekte nutzbar zu machen und ökologische Standards regional herunter zu brechen. Herr Krumme bezog sich auf Fürsprecher wie Klaus Töpfer, um auf die Möglichkeiten zur Initiierung von Projekten zur Implementierung der Forschung an der Universität Duisburg-Essen in Entwicklungsprogramme hinzuweisen.

Anwort, Karin Kortmann

Es müssten Wege gefunden werden, um von fossilen Energieträgern und der Atomkraft unabhängiger zu werden. Damit stelle sich die Frage nach Investitionen in erneuerbare Energien, so Kortmann. Initiativen wie die GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE können dabei entscheidend zur Transparenz und Sichtbarkeit bestimmter vernachlässigter Themen beitragen, denn ein Programm zur EZ sei nur so gut, wie es von den Partnerländern angenommen werde. Umweltrelevante

Themen wie Biodiversität stehen aufgrund ihrer mangelnden Messbarkeit bzw. der fehlenden direkten Betroffenheit der Menschen zumeist hinten an. Dabei treten sie in Konkurrenz zu den Themen Armut, Bildung, Gender und Nahrung usw., wie am Beispiel von Ghana und Nigeria gesehen werden könne. Ein anderes Beispiel für die Missachtung bestimmter Themen bilde die EZ von Deutschland mit China in Klimafragen, während China selbst bereits zu den Akteuren der internationalen Zusammenarbeit und bei der Armutsbekämpfung zähle.

Es komme hierbei darauf an, so Kortmann, vernachlässigte Themen sichtbarer zu machen und z.B. zu bewirken, dass das Thema Biodiversität einen eigenen Haushaltstitel im EPL 23 erhält. Weitere denkbare Instrumente seien Werbung und Bildungsarbeit in Deutschland und der Ausbau des Freiwilligendienstes im Rahmen des FÖJ.

Antwort, Marita Steinke

Frau Steinke betonte, dass es sich bei der Frage der Umsetzung internationaler Prozesse um ein mehrschichtiges Verfahren handele, bei dem zunächst die deutsche Position klar sein müsse. Eine entscheidende Rolle könne dabei in bestimmten Bereichen z.B. auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) spielen.

Als Hinweis zu Herrn Krummes Betonung der intersektoralen Zusammenarbeit bzw. der Implementierung ökologischer Standards auf regionaler und lokaler Ebene nannte Frau Steinke die in Deutschland eingeführte verpflichtende strategische Umweltprüfung für Querschnittsfragen, initiiert durch die EG-Richtlinie (2001/42/EG). Außerdem verwies sie auf die Zertifizierung von Holz im Sinne des Forest Stewardship Council (FSC) Systems. Weiterhin unterstütze das BMZ Sektorberatungsforen als Nachfahren des Tropenökologisches Begleitprogramms im Rahmen eines integrierten Konzeptes.

Ergänzung, Karin Kortmann

Als weitere Handlungsoption für die GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE biete sich der Dialog mit Banken wie der WestLB AG an, durch welchen EZ- und Umweltthemen im Kontext von durch die Bank geförderten Projekten thematisiert werden können. Es sei hilfreich und völlig legitim, in der Funktion als Stakeholder Rechenschaft von solchen Institutionen einzufordern. Außerdem sei es durchaus sinnvoll auch Personen wie Peter Hintze (Parlamentarischer Staatssekretär beim BMWi) einzuladen.

Statement der GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE zum Thema 3 (Armutsbekämpfung (Umsetzung der Paris Deklaration, Thema des G8-Gipfels)), Gerd Heise / Thomas Reichmann

Herr Heise und Herr Reichmann stellten eine Reihe von Fragen zum oben genannten Thema, beginnend mit der Frage, ob es im BMZ-Querschnittsreferat Armutsbekämpfung Kontakte zu anderen Ministerien in Vorbereitung auf den G8-Gipfel gebe und mit welchen Zielvorstellungen sie möglicherweise verbunden seien. Weitere Fragen waren: Wie werden NGOs in die Überlegungen mit einbezogen? Wer definiert Mindeststandards im Rahmen der Wettbewerbsbedingungen? Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit Organisationen wie der International Labour Organization (ILO)? Welche Möglichkeiten gibt es hinsichtlich der Kapitalmärkte? Welche Position nimmt das BMZ hinsichtlich der Deregulierung der Finanz- und Gütermärkte ein? Welche ordnungspolitischen Rahmenbedingungen sind für eine funktionierende EZ aus der Sicht des BMZ notwendig? Wie und durch welche Macht lassen sich Finanzmärkte generell im Sinne der EZ regulieren? Wie tritt man dem Vorwurf der Fehlallokation entgegen?

Antwort, Dr. Frank Schwarzbeck

Herr Schwarzbeck gab zunächst zu bedenken, nicht auf alle gestellten Fragen eingehen zu können. Viele von ihnen betreffen komplexe Sachverhalte, die von

anderen Referaten im BMZ bearbeitet würden, die die GMPI dazu konsultieren könnte.

Für den G8-Gipfel sei der von Sts Pfaffenbach im Wirtschaftsministerium geleitete Sherpa-Stab federführend, welchem alle inhaltlich betroffenen Bundesressorts zuarbeiteten. Hervorzuheben sei, dass wie schon bei früheren Gipfeln wieder Entwicklungsländer eingeladen würden, unter ihnen China, Indien, Südafrika, Brasilien und Mexiko. In Heiligendamm wären die nachhaltige Entwicklung von Schwellenländern, ihr ständig zunehmendes internationales Gewicht und ihre globale Mitverantwortung ebenso Thema wie die Zukunft Subsahara-Afrikas, bei der die Verbesserung von Sozial- und Gesundheitssystemen und besonders der Kampf gegen die HIV/AIDS-Pandemie besondere Bedeutung hätten.

Afrika sei nicht „pauschal“ zu beurteilen, unter seinen Staaten gäbe es enorme Unterschiede. Für die Nachhaltigkeit von EZ seien auf diesem wie auf anderen Kontinenten entwicklungsförderliche Rahmenbedingungen unabdingbar, d.h. längerfristiges Engagement von Regierungen für die Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Bevölkerungen. EZ sollte grundsätzlich an Bedarf, Ressourcen, „Ownership“ der Partnerländer an nachhaltiger Armutsbekämpfung und entsprechender „Performance“ von ihnen orientiert werden. Die internationale Kooperation könne auch in Staaten, in denen sie erheblich ins Gewicht falle, deren Eigenanstrengungen nur ergänzen und flankieren, nie „erzwingen“ und „ersetzen“. Selbst wenn die EZ aus den OECD-DAC-Staaten zunehmend gleichgerichtet und harmonisiert würde, stehe sie vorerst in „Konkurrenz“ zu der „neuer Geber“, unter denen in Afrika z. Z. besonders China herausrage, das mit hohen Summen Kredite gäbe, investiere, sehr an Rohstofflieferungen und Absatzmärkten interessiert sei und bisher kaum „Good Governance“-Erwartungen an seine Partner richte. Unter den Ressorts arbeite Referat 310 im G 8 – Kontext besonders mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) zusammen, das bei Fragen der sozialen Sicherheit die Federführung habe. Unter den BMZ-Referaten seien es v.a. Referat 305 (Globalisierung, Handel, Investitionen) und 315 (Zusammenarbeit mit der Wirtschaft), da viele Fragen zu Armutsbekämpfung und Sozialpolitik im Zusammenhang mit solchen zu Wirtschaft, Handel und Globalisierung stünden.

Statement, Prof. Dr. W. Pinger

Herr Pinger fragte nach dem Stand der Umsetzung der UN MDGs aus Sicht des BMZ und ersuchte eine Aussage zu den heutigen Veränderungen in der EZ im Vergleich zu früher. Er gab dabei zu bedenken, dass die Akquirierung von mehr Geld für die EZ der falsche Weg sei. Würde man sich darauf verlassen, so wiederholen sich nur die bisherigen Fehlschläge, bei denen EZ letztlich an der Korruption der Regierungen der Entwicklungsländer scheiterte, so Pinger.

Er betonte, dass effektive EZ auch stark von ihrer Umsetzung abhängen und so wie das Beispiel der Mikrokredite zeige, Hilfe zur Selbsthilfe möglich sei. Pinger verwies hier noch einmal auf den Beschluss der Bundesregierung entsprechend dem EU-Ratsbeschluss vom 16./17. Juni 2005 die ODA-Quote bis 2015 auf 0,7% anzuheben und schloss die Frage an, wofür, bzw. wie und mit welcher Wirkung die Mehreinnahmen der Entwicklungshilfe eingesetzt werden sollen. Die Anhebung, so Pinger, ergäbe allenfalls einen Sinn, wenn sie der Hilfe zur Selbsthilfe bei extremer Armut zugute käme.

Antwort, Dr. Frank Schwarzbeck

Zur Bedeutung der „Selbsthilfe“ erwähnte Herr Schwarzbeck, dass sie als Grundprinzip sowie eine Form der Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen nach wie vor unbestritten sei. Allerdings wäre die Diskussion in den letzten 15 Jahren erheblich weiter gediehen. Das Selbsthilfeprinzip sei erweitert und mit dem „Ownership“-Postulat im PRSP-Prozess auf Staatenebene angehoben worden. Und Armutsbekämpfung gelte inzwischen in der internationalen entwicklungspolitischen Diskussion als „overarching“, da zu ihr die meisten EZ-Beiträge einen direkten oder indirekten Bezug hätten bzw. haben sollten. Diese „integrative“ - anstelle einer „parzellierten“ - Sicht dokumentiere sich deutlich in den „OECD-DAC-Guidelines Poverty Reduction“ von 2001 sowie im fast zeitgleich verabschiedeten Aktionsprogramm 2015 der Bundesregierung. Das AP 2015 sei ein programmatischer Rahmen für eine am „überwölbenden“ Ziel nachhaltiger Armutsbekämpfung ausgerichtete deutsche Entwicklungspolitik. Aus persönlicher Sicht von Herrn Schwarzbeck war es rückblickend betrachtet ein Fehler, im AP noch

einen zusätzlichen Umsetzungsplan anzukündigen, da das Programm selbst zahlreiche konkrete Umsetzungsaktivitäten enthalte, die flexibel und rahmenbedingungsbezogen anzugehen wären und von denen viele bereits Realität wurden. Eine schematische Agenda mit terminierten Vorgaben würde der Komplexität nachhaltiger Armutsbekämpfung sowie der Vielfalt diverser Interessen und Akteure dabei nicht gerecht. Daher habe das BMZ 2002 und 2004 Statusberichte zum zwischenzeitlichen Realisierungsstand vorgelegt und die Umsetzung des AP jetzt in die regelmäßig aktualisierten Zielvereinbarungen zwischen Arbeitsebene und Management des Ministeriums integriert.

Antwort, Karin Kortmann

Frau Kortmann bestätigte die Bedenken Pingers dahingehend, dass Jeffrey Sachs falsch läge, wenn er allein mehr Geld für EZ verlange. Entwicklung, so Kortmann, sei nicht käuflich.

Was qualitativ neue Themen der EZ beträfe, so gebe es unter anderem den Begriff der sozialen Sicherungssysteme, wobei abermals besonders die Kooperationsbereitschaft der Banken gefragt sei. Gleichzeitig gab Frau Kortmann zu bedenken, dass nicht einmal in Deutschland das Existenzminimum für alle Menschen gewährleistet werden könne. Dies erschwere die Position der EZ deutlich.

Es käme weiterhin darauf an, GTZ Programme in multilateralen Institutionen zu implementieren und sich mit der Frage zu beschäftigen, wie PPP finanzierbar sei. Ein erfolgreiches Beispiel für interinstitutionelle Zusammenarbeit stelle ein Projekt der Stadtwerke Düsseldorf in Kooperation mit dem BMZ und einer Universität in Indien zur Uferfiltration des Ganges dar.

Das Prinzip der sozialen Sicherung sei, so Kortmann, von Angela Merkel auf der Konferenz „Globalisierung fair gestalten“ am 22. November 2006 in Berlin aufgegriffen worden, indem sie unter anderem für die „Erklärung über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit“ der ILO und ihre Unterstützung durch die WTO geworben habe. Weiterhin bedürfe es aber Regulierungsmechanismen, um gerechte und soziale Bedingungen zu schaffen und es komme in naher Zukunft darauf an, was davon beim G8-Gipfel umsetzbar sei.

Ein wichtiges Thema müsse dort auch die ärztliche Versorgung und Pflege sein und wie man dem Problem der Migration von einschlägigem Fachpersonal aus Entwicklungsländern in die EU begegne. Es obläge weiterhin der Rolle Deutschlands im Zuge der EU-Ratspräsidentschaft dafür zu sorgen, dass die Schaffung von entsprechenden Anreizen zur Migration unterbunden werde.

Ein weiteres Problem sei die noch zu begrenzte Transparenz großer Unternehmungen im Hinblick auf ihre sozialen Bedingungen und auch der Wirkungsbereich der Global Contract Foundation sei noch zu begrenzt. Als Beispiel zog Frau Kortmann einen Artikel im Stern heran, nach welchem die Otto-Tochter Heine Produkte aus Kinderarbeit verkaufte. Dieses Beispiel sei besonders markant und bedauerlich, da der Otto-Konzern im Übrigen bekannt für sein Engagement für soziale und nachhaltige Bedingungen sei, offensichtlich aber selbst nicht in der Lage war, alle Bereiche des eigenen Unternehmens gegen Zuwiderhandlung seiner Philosophie zu schützen. Es sei daher von enormer Wichtigkeit im Sinne des Global Contract auch vermehrt Subunternehmungen zu überprüfen und größtmögliche Transparenz zu schaffen.

Die Armutsbekämpfung, so Kortmann, habe durch das BMZ zwar eine gewisse Reichweite im Bereich der bilateralen EZ. Diese habe aber einen begrenzten Einfluss auf die Lösung der großen Probleme. Von großer Wichtigkeit sei nach wie vor die Implementierung dieser Themen und der abgeleiteten Strategien in andere Institutionen, wie vor allem Banken. Auch das Thema der fragilen Staatlichkeit könne auf diese Weise beeinflusst werden und es könnten so etwas wie „entwicklungspolitische Habensbürgschaften“ entstehen. Im Augenblick allerdings seien die meisten Banken anders aufgestellt, was es zu ändern gälte.

Ein wichtiger Erfolgsfaktor der EZ im Allgemeinen sei auch die am Beispiel Chinas bereits angesprochene mangelnde Koordination zwischen den Geberländern mit ihren individuellen Interessen. Das bedeute eine verstärkte Bedeutung der Chinapolitik, um errungene Kriterien der EZ aufrechtzuerhalten und einen Konkurrenzkampf um die höchste Unterstützung bei angenehmsten Bedingungen zu vermeiden.

Im Zuge der Struktur- bzw. Entwicklungspolitik sei es weiterhin wichtig die wirtschaftliche Zusammenarbeit durch den Lückenschluss zum

Wirtschaftsministerium zu verbessern. Dabei sei es legitim, mehr Geld für *neue* Instrumente einzufordern, besonders wenn man das Verhältnis des Rüstungsetats zu dem der EZ betrachte. Als Beispiel dürfe die Entsendung der deutschen Tornados nach Afghanistan gelten, deren Verzicht dem zivilen Wiederaufbau hätte zugute kommen können.

In diesem Zusammenhang erwähnte Frau Kortmann ihren regelmäßigen E-Mail-Kontakt zu Rupert Neudeck und ihre Auseinandersetzung über solche Themen. Herrn Neudecks Argumentationsweise, so Kortmann, sei, unbeschadet ihrer absoluten Wertschätzung seiner Person, charakteristisch für den Dialog mit NGOs oder karitativ motivierten Einzelpersonen. Diese stünden nicht zwingend zwischen den Anforderungen der Sicherung einer funktionierenden Regierung und den sonstigen Aufgaben der EZ. Da das BMZ aber gleichermaßen den Auftrag zum „nationbuilding“ wahrnehme, sei es für Außenstehende wichtig, diesen Punkt bei ihren Konzepten und Forderungen wahrzunehmen.

Als Anregung für Folgetreffen sprach sich Frau Kortmann abschließend für die Nennung eines einzelnen Themas aus, welches dann in seiner ganzen Vernetzung effektiver bearbeitet werden könne. Eine Option weiterer Kooperation sei der Entwurf von Strategien zur Erdung der EZ in den Bundesländern bzw. zur Schaffung kommunaler Entwicklungspartnerschaften. Als letzten Tipp zur Arbeit als Stakeholder unterbreitete Frau Kortmann der GLOBAL MARSHALL PLAN INITIATIVE den Vorschlag auch einmal an die FDP-Abgeordneten im NRW-Landtag heranzutreten und Minister Laschet bei seinen Bemühungen zur EZ zu unterstützen.